



Aktuell – 14.09.2016, 00:15

Die Service public-Debatte und professorale Beiträge

Der politische Streit um die Hoffmann-Studie und das kritische (Gegen)Gutachten, ein Wissenschaftspodium mit erstaunlichen Aussagen. Welche Rolle spielt die Wissenschaft bei der Service public-Debatte? Von Philipp Cueni

An der Service-public-Tagung des Verlegerverbandes (Schweizer Medien) vom 7. September stand ein Podium mit Wissenschaftlern auf dem Programm. Und deren Aussagen waren auffallend unterschiedlich. Offenbar zeichnet sich unter den Wissenschaftlern eine Lagerbildung ab – eher zugunsten der Argumente der SRG-Gegner das eine, eher zugunsten der SRG das andere. Deutlich geworden ist dies nicht zuletzt bei der öffentlich geführten Auseinandersetzung um die Studie von Prof. Christian Hoffmann.

Die Hoffmann-Studie (Hoffmann ist Professor für Kommunikationsmanagement, früher Universität St. Gallen, inzwischen Universität Leipzig) war eine Auftragsarbeit der Aktion Medienfreiheit und hat gleich nach deren Publikation querbeet in der medienwissenschaftlichen Szene der Schweiz Widerspruch und Kopfschütteln ausgelöst. Tenor: Die Studie sei methodisch nicht wasserdicht, also zu wenig wissenschaftlich. Hoffmann ist übrigens mit dem «Liberalen Institut» verbandelt, welches wiederum der «Aktion Medienfreiheit» nahesteht.

Die Auseinandersetzungen um die Studie führten gar zu politischen Interventionen und einer gross aufgemachten Blick-Geschichte. Dabei greift der «Blick» Medienministerin Doris Leuthard an und gibt dazu SVP-Nationalrat Gregor Rutz von der «Aktion Medienfreiheit» das Wort: Das sei ein «Skandal», dass das BAKOM ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, um die Studie des St. Galler Professors zum Service public zu prüfen. Die Kritik von Rutz und «Blick» am Vorgehen der Bundesrätin ist allerdings scheinheilig. Denn Rutz hatte das Gutachten selbst mit ausgelöst: Er fragte in einer Interpellation Bundesrätin Leuthard, wie sie die Studie beurteile. Diese Konstellation bewog das BAKOM, bei Prof. H.B. Brosius in München ein Gutachten zur Hoffmann-Studie in Auftrag zu geben.

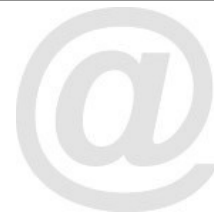
Rutz darf im «Blick» wettern, der Staat ziehe alle Register, um «ein privates Papier schlecht hinzustellen». Der Staat dürfe sich gar nicht in eine solche Debatte einmischen. Das ist ein Witz, denn es geht ja um die Medienpolitik des Staates. Dieser mischt sich nicht ein, sondern er lässt Studien via Gutachten überprüfen, die Basis für seine politischen Berichte zum Service public sein können.

Soweit das politische Intermezzo.

Ausgeblendet wird von Rutz und «Blick» der Inhalt, die massive Kritik des Brosius-Gutachtens an der Hoffmann-Studie. Diese Kritik wird von Medienwissenschaftlern in der Schweiz breit gestützt. Christian Hoffmann hingegen hat gegenüber EDITO seine Hauptaussagen verteidigt.

Das Gutachten Brosius kritisiert bei Hoffmann methodisch die Stichprobenwahl bei der Analyse der Programme der Privaten, den Vergleich der Programme mit jenen der SRG (welche gar nicht analysiert werden), die Beurteilung der Ergebnisdarstellung sowohl qualitativ wie quantitativ. Und Brosius folgert: Die Schlussfolgerungen aus der quantitativen Analyse seien durch die Daten nicht zwingend gedeckt, es habe Behauptungen, die «nicht wissenschaftlich überprüft» seien. Zur qualitativen Teilstudie sagt das Brosius-Gutachten: «Methodisch entspricht diese Studie nicht den Standards.» Und: «Die Studie verbleibt auf der Ebene der Beschreibung der Einstellungen und Meinungen privater Rundfunkbetreiber.» Brosius Schlussfazit: «Ungenügend.»

Der Medienwissenschaftler René Grossenbacher (Publicom) stützt das Brosius-Gutachten, obwohl er einigen



einzelnen Schlussfolgerungen durchaus beipflichten könne: «Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass sich irgendwo ein seriöser Medienwissenschaftler findet, der die (Hoffmann-)Studie anders beurteilt.» (Zu Details siehe im Anhang)

Die Hauptaussage von Hoffmann kann man etwa so zusammenfassen. Die Dominanz und die Ausweitung der SRG behindere den privaten Rundfunk in seinen Entwicklungsmöglichkeiten. Zudem seien viele Angebote der SRG überflüssig, weil die Privaten gleichwertige Angebote zur Verfügung stellen würden oder zumindest ohne SRG-Konkurrenz könnten. «Empfohlen wird eine dynamisch-subsidiäre Definition des Service public, welche nur jene politisch erwünschten Leistungen umfasst, die nicht heute oder absehbar künftig durch private Anbieter erbracht werden können.»

Anders ausgedrückt: Wenn sich die SRG aus Programmbereichen zurückziehen muss, dann würden Produktion und damit Vielfalt im privaten Bereich steigen. Die Frage, ob und wie ein Angebot analog zu jenem der SRG heute durch Private finanzierbar und damit auch garantiert werden könne, bleibt unbeantwortet.

Aussagen in der Hoffmann-Studie sind schwach belegt oder gar widersprüchlich, ein Beispiel: «Die Programmanalyse zeigt, dass die (Gesamtheit der, phc) privaten Sender (in der Schweiz, phc) ein umfassendes Unterhaltungs- und fernseh-/radiopublizistisches Angebot sowie teilweise auch umfängliche Nachrichtenangebote bieten.» Um dann später fast das Gegenteil festzustellen: «Ein deutlicher Unterschied zu den Inhalten der SRG SSR ... fällt im Bereich Politik und gesellschaftlich kontroverse Themen auf. Die Privaten bieten hier, ausserhalb von Nachrichtenformaten, keine bis wenige ... eigenständige Formate an, während diese Formate bei der SRG SSR 2012 gemäss der Analyse von Publicom bei allen Sendern einen Grossteil des Programms ausgemacht haben (zwischen 23 und 39 Prozent der Dauer der ausgestrahlten Informationsbeiträgen).» Das Problem ist: Hoffmann hat nur eine Analyse einiger (ausgewählter!) Privaten gemacht, aber nicht einen wirklichen Vergleich mit der SRG.

In der gleichen Studie heisst es: «Auffällig an den Ergebnissen der quantitativen Auswertung der Radiosender ist, dass sich anhand der Programmstruktur keine systematischen Unterschiede zwischen den (privaten, phc) Sendern mit und ohne Gebührenanteil erkennen lassen.» René Grossenbacher kontert: «Dies hat – mit Verlaub – mit Wissenschaft wenig zu tun.» Und er verweist auf die Aussagen der wissenschaftlichen Publicom-Studien seit 2009, welche zu klar anderen Befunden kommt. Hoffmann hat nur die Programmstruktur angeschaut und nicht die Inhalte analysiert.

In einer ausführlichen Stellungnahme an EDITO wehrt sich Professor Christian Hoffmann gegen die Kritik und argumentiert gegen die einzelnen Vorwürfe. Diverse Kritikpunkte des Brosius-Gutachtens erschienen als einseitig und/oder nicht ausreichend fundiert. Auch wenn er bei der Kritik an der Methode einige Punkte als diskussionswürdig akzeptiere, schränke dies die Aussagekraft der deskriptiv ausgerichteten Studie aber nicht in dem Masse ein, die das Gutachten suggeriere. Die Studie folge gängigen wissenschaftlichen Kriterien. «Vor diesem Hintergrund ist die teilweise vehemente Kritik des Gutachtens zurückzuweisen.» (Zu Details siehe im Anhang)

Sprung zurück ins Hotel Bellevue zur Service public-Tagung des Verlegerverbandes zum Podium der Wissenschaftler. Das sei doch nicht gut, meinte dort etwa Medienwissenschaftler Stephan Russ-Mohl, wenn RSI im Tessin im Online 30 Stellen beschäftige, Timedia, das grösste Tessiner Verlagshaus, aber nur 3 Stellen. Damit lasse die SRG mit ihrer gebührenfinanzierten Übermacht den Privaten zu wenig Spielraum, was einer «Verzerrung» entspreche.

Unabhängig davon, ob hier von den Stellen und Aufgaben her tatsächlich Gleiches mit Gleichem verglichen wird, wäre die interessante Frage an die Medienwissenschaft doch die: Was trägt RSI mit ihrer Onlineabteilung an Leistungen für das Publikum im Tessin bei? Und würde, gäbe es RSI nicht oder nur mit



beschränktem Onlineauftritt, das Medienhaus Timedia auf 30 Stellen im Onlinebereich ausbauen und das Gleiche bieten, was RSI heute bietet?

Dazu sagte Stephan Russ-Mohl nichts, die Behauptung der Verzerrung blieb isoliert stehen. Natürlich machte Russ-Mohl auch andere Aussagen, welche er empirisch belegte.

Zweites Beispiel vom gleichen Podium: Professor Hoffmann sagte, TV SRF2 hätte die gleiche Programmstruktur wie z.B. RTL. Schaut man die Programme von RTL/RTL2 und SRF2 an, dann wundert man sich über diese Aussage. Zumindest über die aktuelle Woche habe ich bei RTL in den Programmanzeigen keine einzige Sendung, keinen Film entdeckt, der bei SRF gelaufen ist. Und: Bei SRF läuft bekanntlich sehr viel Sport, vor allem auf die Zuschauerbedürfnisse in der Schweiz zugeschnitten. Schweizer Sport läuft bei diesen kommerziellen Deutschen Sendern gar nicht, Sport nur beschränkt.

Interessant übrigens, alle drei erwähnten Professoren sind keine Medienwissenschaftler, sondern arbeiten im Bereich Ökonomie: Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik (Eichenberger),

Lehrstuhl für öffentliche Finanzen (Schelker), öffentliches Wirtschaftsrecht (Hettich). Sie argumentieren aus der ökonomischen Logik. Medien sind aber keine normalen Waren, sondern ein meritorisches Gut, weil sie von gesellschaftlicher Bedeutung sind. So argumentiert etwa der Medienwissenschaftler Manuel Puppis Die Medienwissenschaft berücksichtigt dies mit einem erweiterten Ansatz.

Bleiben wir bei Peter Hettich: Zusammen mit Reiner Eichenberger und Mark Schelker schlagen die drei Professoren ein dezentrales Fördermodell für Informationsmedien vor. Die starke Privilegierung der SRG gefährde die Medienvielfalt, sagen sie in einem Beitrag in der NZZ. Das ist eine überraschende Feststellung, weil doch die SRG in verschiedenen Regionen neben dem dominierenden Verlagshaus der einzige Konkurrent ist. Ist bei der relevanten Fragestellung der Konzentration in der Medienbranche tatsächlich die SRG das Problem – und was sagt die Medienwissenschaft oder die Eidgenössische Medienkommission zur Konzentrationstendenz? Sie sagen etwas – zum Beispiel, dass die Konzentration im Verlagswesen zugenommen habe, aber auch, dass es bei aufwändigen Medienformen (wie Radio und TV) eine kritische Grösse brauche, um gerade in der viersprachigen kleinen Schweiz aufwändige Produktionen realisieren zu können. Solche Argumente blenden die drei Professoren hier aus. Dafür schreiben sie «Die These von Roger de Weck, wonach die Meinungsvielfalt am besten durch eine einzige marktbeherrschende Anbieterin gewährleistet wird...». Sagt das De Weck tatsächlich? Ich zweifle an der Belegbarkeit dieser Aussage. Abgesehen davon wäre es aus medienwissenschaftlicher Sicht interessant, differenziert zu hinterfragen: Trägt die SRG zur Monopolisierung oder zur Vielfalt bei? Ist die SRG ein Monopol oder ein Unternehmen mit einer föderalen Struktur und einer Vielzahl von publizistisch eigenständigen Redaktionen?

Kann man sich bei der medienpolitischen Debatte auf keine fundierten und eindeutigen Aussagen der Wissenschaft stützen? So stimmt das sicher nicht. Es gilt halt auch hier kritisch hinzuschauen: Aus welcher wissenschaftlichen Sicht, auf Grund welcher Aufträge argumentiert jemand, was lässt sich empirisch belegen? Gerade aus medienwissenschaftlicher Sicht wurden Aussagen der Hoffmann-Studie oder Aussagen auf dem Podium im Bellevue klar und deutlich kritisiert. Dennoch muss man sich sorgen, dass die Wissenschaft in den Sog von Interessengruppen gerät.

ANHANG:

Auszüge aus der Stellungnahme von Prof. Christian Hoffmann:

Der Kontext der Studie werde bei der Kritik nicht ausreichend reflektiert.



Auf Grund der Rahmenbedingungen habe die Studie nur Ausschnitte beleuchtet, also einen explorativen Charakter annehmen können. Eine Studie mit beschränkter Reichweite mache sich unvermeidlich angreifbar.

«Zweifellos könnte die Aussagekraft durch eine grössere Stichprobe erhöht werden. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Stichprobe eine für eine deskriptive Analyse ausreichend breite Auswahl der tatsächlich relevanten privaten Programme der Schweiz enthält.»

«..kann die Stichprobe nicht als nicht aussagekräftig für den privaten Rundfunkmarkt der Schweiz bezeichnet werden.» Die Relativierung der Stichprobe schränke die Aussagekraft der deskriptiv ausgerichteten Studie aber nicht in dem Masse ein, die das Gutachten suggeriere.

(Zum Vorwurf, die Programminformationen seien nicht validiert worden) «Die Programminformationen wurden durch im Internet zur Verfügung gestellte Programmaufzeichnungen validiert.»

(Zum Vorwurf, dass SRG-Programme nicht untersucht worden seien) «Die Studie weist also in hinreichendem Masse darauf hin, dass Vergleiche nur eingeschränkt möglich sind.»

(Zur Kritik, dass nur Entscheidungsträger privater Programme befragt worden seien) «Das Erkenntnisinteresse der Teilstudie waren die Voraussetzungen einer Weiterentwicklung privater Programme. Es besteht daher keine sachliche oder methodische Notwendigkeit, ergänzend unabhängige Personen oder Vertreter öffentlicher Programme zu befragen.»

Auszüge aus der Stellungnahme von René Grossenbacher

«Aus wissenschaftlicher Sicht stechen zunächst die schwerwiegenden methodischen Mängel der Studie hervor», z.B. bei der Radioanalyse.

«Aufgrund einer Programmschema-Analyse auf die effektiven Programminhalte zu schliessen, ist deshalb unzulässig und führt zu völlig falschen Resultaten.»

«Mehrfach wird auch behauptet, dass die Privaten, wenn denn einmal die «Grund-Profitabilität» gewährleistet sei, (längerfristig) in fernsehpublizistische Formate investieren würden. Auf welchen empirischen Grundlagen basiert diese gewagte Prognose? Etwa auf den Aussagen der neun (!) befragten privaten Fernsehmanager?»

Es gebe ein Problem grundsätzlicher Natur. «In der akademischen Wissenschaft ist in den letzten Jahren eine höchst problematische Entwicklung zu beobachten: ... Es werden Auftragsprojekte übernommen, die von zweifelhaftem wissenschaftlichen Wert sind oder offensichtlich partikulären Interessen dienen.»

zurück